

## Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (6. Wahlperiode)  
am **28.09.2016**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

### Die Gemeindevertreter:

1. Karl-Heinz Olschewski	X
2. Bernhard Franke	X
3. Jürgen Michalski	X

### sachkundige Einwohner:

4. Günter Tiedemann	X
5. Bernd Jahn	X

### Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsltr. Finanzen
Frau Küster	-	Amtsltrn. Zentrale Dienste und Soziales
Frau Michalski	-	Amtsltrn. Allg. OA
Frau Reimer	-	Amtsltrn. Bauamt
Herr Gardeja	-	Kurdirektor
Frau Lenz	-	stellv. Kurdirektorin

## **Niederschrift der 13. Sitzung des Finanzausschusses vom 28.09.2016**

**Teilnehmer:** siehe Anwesenheitsliste  
**Tagungsort:** Sitzungsraum 117, Gemeindeverwaltung  
**Beginn:** 16.00 Uhr  
**Ende:** 18.30 Uhr

### **zu 1.**

Herr Michalski begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2.**

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

### **Tagesordnung:**

öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Beratung zum Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Kurverwaltung Ostseebad Binz
5. Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2017 der Gemeinde Ostseebad Binz

nicht öffentlicher Teil:

6. Sonstiges

### **zu 3.**

Herr Tomschin fragt nach der Kreisumlage.

Herr Behrens: Die Höhe für 2017 ist noch nicht bekannt.

### **zu 5.**

#### **Informationen von Herrn Behrens zum 1. Entwurf des Haushaltsplanes 2017 – Gemeinde Ostseebad Binz:**

Ziel der Planung:

- Pflichtaufgabenerfüllung (u. a. Ausstattung der Schulen, Feuerwehr, Kitas und Unterhaltung der gemeindlichen Infrastruktur)
- Umsetzung der Forderung der GV zum Verkauf des MZO-Geländes
- infrastrukturelle Verbesserungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten (Turnhalle, Parkhaus/Parkplätze, Lagerhallen)
- keine Veränderung der Steuersätze
- keine Aufnahme von Fremdkapital in 2017
- keine genehmigungspflichtige Haushaltssatzung – nur anzuzeigen

Ergebnisse der Vorjahre:

- Ergebnis 2015 liegt noch nicht vor. Mit einem Überschuss wird gerechnet.
- Ansatz 2016 ist der ursprüngliche Haushaltsplan 2016 – Nachtrag 2016 muss erst beschlossen sein, ist noch nicht eingearbeitet.

noch nicht berücksichtigt:

- Orientierungsdatenerlass (Schlüsselzuweisung, Einkommensteuerzuweisung, Kreisumlage)
- Höhe der Kreisumlage in % durch den Landkreis

- 200.000 € Investition für den Ausbau Parkplatz Klünderberg
- Investition 30.000 € für Umstellung E-Akte (Datei Management System – Umstellung muss bis 2018 erfolgen)
- Aufwand 20.000 € für Umstellung (Schulung, Beratung, Kleinmaterial) – geschätzte Summen

#### ERGEBNISHAUSHALT

- Jahresergebnis: 2.012.200 € abzügl. 20.000 € (Umstellung Software E-Akte)
- Rücklagen werden nicht gebildet oder aufgelöst.
- Haushaltsausgleich in Ergebnisrechnung ist erreicht.

#### FINANZHAUSHALT

- Finanzmittelbestand verschlechtert sich von - 405.700 € um 250.000 €.
- Der voraussichtliche Finanzmittelbestand am 31.12.2017 liegt bei 3,4 Mio. €.
- Reicht nicht zur Finanzierung des Parkhauses MZO, deshalb Kreditaufnahme von 1,7 Mio. € in 2018
- Haushaltsausgleich in 2017 ist Aufgrund der Vorträge erreicht. (+ 2,9 Mio. €)

Zentraler Bestandteil des Haushaltsplanes ist der Verkauf des MZO-Geländes. Der Verkauf der gesamten zur Veräußerung vorgesehenen Fläche ist geplant. Ausgegangen wird von einem Geldmittelzufluss in Höhe von 4,424 Mio. €, der Ertrag für den Ergebnishaushalt liegt bei 3,18 Mio. €. Ein weiteres großes Vorhaben ist die Sanierung der Zinglingstraße in den kommenden zwei Jahren. Im ersten Jahr sind 1,05 Mio. €, im Jahr 2018 1,09 Mio. € eingeplant. Dritter großer Punkt ist der Bau der Turnhalle an der Grundschule. Das Bauvolumen beträgt nach jetzigem Kenntnisstand 2,08 Mio. € + 100.000 € für die Ausstattung.

Zum zeitlichen Ablauf erläutert Herr Behrens, dass die gesamten Ausgaben für das Parkhaus MZO im Jahr 2018 zu finden sein werden. Im Jahr 2017 soll das MZO-Gelände verkauft, das Sommergeschäft auf dem Parkplatz allerdings noch „mitgenommen“ werden, so dass der Verkauf im Herbst oder später durchgeführt wird. Sobald der Verkauf geklärt ist, wird mit dem Bau des Parkhauses begonnen, damit im Jahr 2018 schnellstmöglich Parkflächen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird im Jahr 2017 der Parkplatz am Klünderberg hergerichtet, damit er in der Saison genutzt werden kann.

Frau Küster zum Teilhaushalt 1 (Bereiche Schulen, Obdachlosenunterkunft, Turnhallen, Kindertagesstätten, Soziales):

- zum Haushalt 2016 keine gravierenden Änderungen – Anpassungen durch Strom-/ Wasserverbrauch usw.
- keine großen Anschaffungen geplant
- Kindertagesstätten: Berechnung der Ausgaben der Wohnsitzgemeinde erfolgte anhand der zugearbeiteten Kinderzahlen
- Träger IB (Kita Lütt Matten) teilte mit, dass der Landkreis die Verträge gekündigt hat – ab 01.01.2017 wird es neue Leistungsverträge für alle Kindereinrichtungen des IB geben, diese werden der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt
- Stellenplan: kleine Änderungen im Vergleich zu 2016
- Zuordnungsänderungen Hausmeister ohne finanzielle Auswirkungen
- neu eingeplant ist eine Saisonkraft für den Außendienst aufgrund der Entwicklung von Prora und des allgemeinen hohen Verkehrsaufkommens
- Reduzierung der Stelle Liegenschaften auf Wunsch des Stelleninhabers mit Umverteilung der Aufgaben um 0,25 VzÄ
- Erhöhung der Stelle Sachbearbeiter Bauverwaltung aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens um 0,25 VzÄ (von 35 auf 40 Wochenstunden)
- tarifliche Neubewertung der Stelle Umwelt/Grünplanung von Entgeltgruppe 9 auf 8 im Zuge der Neubesetzung
- zusätzlich eingeplant ist eine Stelle Bauverwaltung/Bauordnung für den Bereich Prora – hier ist der Arbeitsaufwand enorm angestiegen (Stelle vorerst für zwei Jahre befristet)

- sogenannter KW-Vermerk (künftig wegfallend) im Jahr 2017 nicht mehr enthalten (letzte Stelle Altersteilzeit ist ausgelaufen)
- Lohnkosten sind auf die einzelnen Teilhaushalte aufgeteilt
- Vom Landkreis/Innenministerium kam die Aufforderung, Beamtenstellen zu schaffen bzw. zukunftsorientiert vorzuhalten. Nach eingehender Diskussion im Hause herrscht die Meinung, dass die Personalhoheit der Gemeinde obliegt – die Ausweisung von Beamtenstellen ist nicht vorgesehen – möglicherweise folgt daraufhin die Beanstandung durch den Landkreis – dann ggf. Prüfung rechtlicher Schritte.
- Sollte die Gemeindevertretung wünschen, dass Beamtenstellen auszuweisen sind, müsste die Verwaltung danach handeln – allerdings verbunden mit hohen Kosten.

Auf die Frage von Herrn Michalski, warum das Land Beamtenstellen fordert, meint Frau Küster, dass der Funktionsvorbehalt lt. Kommunalverfassung durchzusetzen ist und dass bestimmte hoheitsrechtliche Aufgaben nur von Beamten wahrgenommen werden können. In unserer Verwaltung käme nur die Stelle Amtsleiter Ordnungsamt in Frage.

Herr Behrens erläutert, dass momentan geprüft wird, inwieweit nur bestimmte Teile des Haushaltsplanes genehmigt werden können, da es beim Stellenplan wegen der Beamtenstellen sicherlich Beanstandungen geben wird und dann der gesamte Haushaltsplan ungültig wäre. Wahrscheinlich wird es möglich sein, dass nur der Stellenplan für nichtig erklärt wird.

Für Herrn Michalski wäre nun interessant, was auf die Gemeinde zukommen würde, wenn sie die Beamtenstellen schaffen müsste.

Frau Küster äußert, dass ein Angestellter mit Eintritt in die Rente nichts mehr mit dem Arbeitgeber zu tun hat – für einen Beamten zahlen wir bis zum Lebensende weiter Umlagen in nicht unerheblicher Höhe. Außerdem sind Rücklagen zu bilden. Sie wird ein Beispiel berechnen.

Konsequenz aus der Versagung der Zustimmung zum Stellenplan wäre, dass keine Neueinstellungen vorgenommen werden dürften, die geplant sind. Oder der gesamte Haushalt wird nicht genehmigt. Der Städte- und Gemeindetag wollte sich zum Sachverhalt positionieren, bis heute liegt aber keine Stellungnahme vor.

Herr Behrens erläutert die Verfahrensweise: Der Landkreis erlässt einen Verwaltungsakt, dass die Zustimmung zum Haushalt versagt wird, dann folgt ein Monat Widerspruchsfrist, der Widerspruch wird versagt werden, Folge wäre eine Klage.

Herr Michalski erkundigt sich, warum die Personalkosten für die Sporthalle I noch drei Jahre nach dem Verkauf geführt werden, in der neuen Halle aber nicht auftauchen.

Herr Behrens kümmert sich darum.

Bei den von Herrn Olschewski angesprochenen Instandhaltungskosten für die Halle I handelt es sich um Kleinstreparaturen, die trotzdem durchgeführt werden müssen, so Frau Reimer. Der TÜV prüft jedes Jahr die Hallen.

Herr Franke fragt, ob das Obdachlosenheim derzeit bewohnt ist.

Momentan leben dort drei Obdachlose, so Frau Küster. Der Hausmeister und eine Mitarbeiterin für die Verwaltung sind stundenweise für das Obdachlosenheim zuständig. Der Hausmeister ist auch für die Kita verantwortlich. Einen Betreuer für die Obdachlosen gibt es in dem Sinne nicht.

Frau Michalski gibt Erläuterungen zum Teilhaushalt 2, allg. Ordnung und Sicherheit:

- Bereiche Wahlen, allg. ordnungsbehördliche Aufgaben, Standesamt, Meldewesen, Gewerbe, Brandschutz
- umfasst Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis = pflichtige Aufgaben

- Bundestagswahlen im Jahr 2017 – Einnahmen 4.000 € (Rückerstattung der entstehenden Kosten)
- allg. Ordnungsangelegenheiten – steigende Einnahmen Verwaltungsgebühr Fischerei durch die zunehmende Attraktivität des Touristenfischereischeines, dadurch Mehrausgaben durch Ankauf
- Erhöhung im Bereich Wach- und Objektschutz: Gemeinde Binz hat langjährigen Vertrag mit einem Sicherheitsunternehmen, welcher mit dem Vertrag Kurverwaltung zusammenhängt und dadurch günstige Konditionen bot – 2017 Mehrausgaben von 1.500 € durch stufenweise Einführung des Mindestlohnes (im Jahr 2016: 10.000 € Erhöhung)
- Aufwendungen für Fortbildung und Reisekosten für neue Mitglieder der Schiedskommission
- Beitrag für die Nutzung der Tiernotstation in Tilzow 10.000 € (notwendig zur Erfüllung der Pflichtaufgabe, Fundtiere zu verwahren), Erhöhung um 500 € aufgrund der steigenden Einwohnerzahl (bisher pro Einwohner 1,80 €)
- Finanzierung der Tiernotstation über Deutsche Tiernothilfe usw., die freiwillig Geld zur Verfügung stellt; wird aber leider immer weniger, deshalb nach heutiger Beratung mit der Tiernotstation Erhöhung der Kosten um 0,30 € pro Einwohner ab 2017
- Standesamt, Meldebehörde unwesentliche Änderungen
- erhebliche Minderausgabe im Bereich Gewerbe für die Unterhaltung Software/ Updates durch Wechsel des Anbieters
- Aufwandsentschädigung für die Kameraden der Feuerwehr lt. Verordnung, Erhöhung zum 01.01.2017 entsprechend der neuen Verordnung
- Erhöhung bei Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung für das Tanklöschfahrzeug von 800 €

Herr Olschewski spricht den Anstieg der Einwohnerzahl an, der sich im Wesentlichen auf Prora bezieht.

Frau Michalski sagt, dass in diesem Jahr ca. 450 Einwohner hinzugekommen sind, die überwiegend in Prora leben. In dieser Zahl sind allerdings auch die Saisonarbeiter enthalten, die sich jetzt wieder abmelden.

Frau Reimer fügt hinzu, dass im Block IV bereits 140 Personen mit Hauptwohnsitz neu angemeldet sind, 14 mit Zweitwohnsitz, im Block II sind es 30 mit Hauptwohnsitz und etwa 10 mit Zweitwohnsitz.

Frau Reimer zum Teilhaushalt 3, Bauamt:

- Entwurfsplanung für Zinglingstraße endlich ausgelöst
- nach der Bahnhofstraße die schwierigste Herausforderung aufgrund der Topographie und der Baugrundbeschaffung
- 2017 und 2018 je 1 Mio. € eingestellt
- Beginn geplant für Sept. 2017, Fertigstellung hoffentlich 2018 (entscheidend ist die Mitwirkung der Bürger, inwieweit sie mit den Einschränkungen leben können)
- gleichzeitig wird die Zufahrt von der Bahnhofstraße in die Zinglingstraße (ca. 200 m) zum Haus Stadt Hamburg mit eingebunden
- Straßenausbaubeiträge werden frühestens 2019 fällig
- ZWAR erneuert sämtliche Leitungen
- Vorstellung im Bauausschuss, Gemeindevertretung folgt
- zum geplanten Sporthallenneubau: Baugrund muss in einen tragfähigen Boden ausgetauscht werden, deshalb Mehrkosten
- Fertigstellung Febr. 2018
- Parkhaus am Klünderberg wird nicht gebaut – große Probleme mit Regenwasser lt. Gutachten
- Parkhaus MZO mit ca. 400 Stellflächen, wie von Herrn Behrens bereits erläutert
- Erarbeitung Verkehrskonzept läuft momentan
- Prora Strandstraße – bisher große Probleme mit den parkenden Fahrzeugen, deshalb Umgestaltung einer Fläche zum Parken, Kosten: 72.000 €

- Straßenbeleuchtung wird schrittweise auf LED umgestellt, Planung 2017: Am Sportplatz, Eichenweg, Verlängerung der Bahnhofstraße (ca. 50 % Förderung)
- Auf dem Gelände der ehem. Thämlitzbaracke soll eine Lagerhalle entstehen. Die Forstbehörde war sehr entgegenkommend, so dass eine neue Kalthalle entstehen kann und auf dem Gelände des Katschutzlagers ebenfalls eine Lagerhalle. Das Baufeld bleibt etwa unverändert – zu beachten sind die Pflichtabstände zum Wald (30 m), bei Unterschreitung wäre eine B-Planänderung erforderlich.
- Weg an der Kleingartenanlage Granitz bis zur Kleinbahnschiene wird zur Überquerung der Schienen genutzt; hier soll ein richtiger Bahnübergang entstehen, was sich aufgrund der Zuständigkeiten und notwendigen Genehmigungen möglicherweise einige Jahre hinziehen kann
- Laufbahnsanierung im Stadion ist vorgesehen (155.000 €), Duschen im Stadiongebäude, Rasenmäher
- für Reparaturen Gehwege 100.000 € und Gemeindestraßen 60.000 € eingeplant
- Malerarbeiten in der Grundschule, Fensterdichtungen erneuern
- Alarmanlage und Sicherheitsbeleuchtung für die Regionale Schule (50.000 €)
- Ersatz von Innentüren in der Kita Lütt Matten (9.500 €)
- Stellflächen am Feuerwehrgebäude (6.000 €)
- Einnahmen aus Sondernutzung und Parken sind witterungsabhängig

Die Frage von Herrn Franke, ob es für die Zinglingstraße einen Zuschuss geben wird, verneint Frau Reimer. Dies wäre nur dann der Fall, wenn es eine Sammelstraße und keine bloße Anliegerstraße wäre. Es wird aber trotzdem geprüft, ob ein Zuschuss über kleinstädtische Förderung möglich wäre.

Herr Franke erkundigt sich nach der Entwässerung des potentiellen Parkhauses – in welche Richtung soll sie gehen?

Der ZWAR hatte mehrere Möglichkeiten in Betracht gezogen, so Frau Reimer: zur Putbuser Straße, in Richtung Schmachter See (welche Aufnahmemöglichkeit besteht bei der Ahlbeck?). 64 l pro Sekunde wurden berechnet. Man kann aber davon ausgehen, dass ein Auffangbecken in den Kreuzungsbereich hinein muss.

Auf die Frage von Herrn Franke zu den Stellplätzen am MZO-Gelände und am Klünderberg äußert Herr Behrens, dass am MZO Gelände aktuell 280 Stellplätze zur Verfügung stehen, die 59.000 bis 60.000 € Umsatz bringen, am Klünderberg sind es 50 Stellplätze mit einer Jahreseinnahme von ca. 37.000 €.

Herr Franke weist auf die starke Frequentierung am MZO-Gelände in den Wochen mit gutem Wetter hin; am Klünderberg erstreckt sich die Auslastung jedoch über die gesamten Sommermonate. Wenn man den Ortskern entlasten möchte, wäre ein Parkhaus am Klünderberg sinnvoller.

Das Flächenpotential auf den drei Ebenen im Parkhaus MZO ist wesentlich höher als bisher auf dem Parkplatz, so Frau Reimer.

Herr Franke: Ist die neue Lagerhalle auch weiterhin für Herrn Schwartz zur Nutzung vorgesehen?

Es gibt noch keinen konkreten Namen, so Frau Reimer, mit Herrn Schwartz wird zuerst ein Gespräch geführt. Die Halle wird auf jeden Fall nicht leer stehen, ist sich Frau Reimer sicher.

Herr Franke weist darauf hin, dass nicht nur die Hauptstraße, sondern auch die Schillerstraße von Fußgängern sehr frequentiert ist, so dass man hier über eine Einbahnstraßenregelung nachdenken sollte, da die Gehwege nicht ausreichen.

Herr Olschewski begrüßt die optimistische Herangehensweise an die Sanierung der Zinglingstraße in einem Stück und weist auf die frühzeitige Beteiligung der Anwohner hin.

In Kürze wird mit den Bürgern gesprochen, so Frau Reimer.

Herr Olschewski geht davon aus, dass die Baugrunduntersuchungen am MZO-Gelände abgeschlossen sind?

Frau Reimer erklärt, dass im Rahmen der Planung für die Sporthalle bereits Bohrungen durchgeführt wurden.

Herr Jahn erkundigt sich nach den Vorhaben für das Stadion.

Herr Behrens merkt an, dass die Laufbahnerneuerung vorerst nicht vorgenommen wird, die vorangegangene Aussage von Frau Reimer ist zu korrigieren.

Herr Michalski fragt zu den Containern auf dem Kunstrasenplatz, wo die Kosten verankert sind.

Frau Reimer äußert, dass momentan aufgrund der Flüchtlingsproblematik keine Container zu bekommen sind, auch keine gebrauchten. Im Nachtrag sind sie enthalten, in der Planung für 2017 nicht.

Herr Michalski: Im Punkt 4 „weitere Anmerkungen“ fehlt ein Wort. „Verkauf des Grundstückes...“.

Der Eigenanteil der Gemeinde für die Kurabgabe ist nicht separat ausgewiesen, dies sollte ergänzt werden.

Herr Franke würde es begrüßen, wenn wieder ein Faltblatt mit den wesentlichen Punkten zur Verfügung gestellt würde.

Herr Behrens hat das Faltblatt noch nicht erstellt, weil es sich erst um den Entwurf des Haushaltsplanes handelt. Aber wenn es gewünscht ist, wird er dies künftig schon für den Entwurf vorlegen.

Weiterhin spricht Herr Franke die Vergleichsmöglichkeit mit anderen Gemeinden an, die ihm hier fehlt.

Von anderen Gemeinden liegen noch keine Zahlen vor, so Herr Behrens.

Herr Michalski schlägt Herrn Franke vor, die Finanzpläne anderer Gemeinden im Internet zum Vergleich heranzuziehen. Das muss nicht Herr Behrens heraussuchen.

#### **zu 4.**

Herr Gardeja informiert zum Entwurf des Wirtschaftsplanes 2017:

- neu: Binz und Prora wurden getrennt ausgewiesen
- Teilergebnishaushalte haben sich nicht geändert
- Erläuterung Organigramm S. 5  
(Lt. Herrn Olschewski ist das Organigramm viel zu klein geschrieben.)
- Bereich Leitung/Controlling: Einnahmen Kurabgabe 5 Mio. €, davon Prora 1,68 Mio. €, falls Prora ab 2017 als prädikatisierter Ortsteil zur Verfügung steht
- in Prora ging man von der Jugendherberge, Camping-Oase, Block I und II aus, gerechnet mit einer durchschnittlichen Auslastung von 53 % in 6 – 7 Monaten
- Erhöhung der Personalaufwendungen durch Hinzufügung des Erhebungsgebietes Prora
- Personalkostensteigerung auch im bisherigen Bereich (je eine Stelle Marketing, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätsmanagement/-sicherung, Referentenstelle im Bereich Controlling zur Unterstützung der Arbeit des Kurdirektors)
- Instandhaltungen/Reparaturen:
- Sanierung Strandaufgänge, Wasserspielplatz am Schmachter See

- Verkleinerung der Dünen nach Verhandlung mit dem STALU usw. und der Feststellung, dass die Hochwasserschutzdünen viel größer sind, als sie eigentlich sein müssten und mit der Verkleinerung Rückgewinnung von 4 – 10 m Strand
- Ersatzbepflanzung im Park der Sinne, Reparatur der Leuchtfelder Strandpromenade
- Beregnungsanlage, Schrankenanlage
- kleinere Aufwendungen im Kfz-Leasingbereich durch Erweiterung Prora
- Internet-/Onlinemarketing muss stärker werden
- Erhöhung Reinigungskosten durch Bau von 5 Rettungstürmen und WC-Anlagen
- Instandhaltung WC-Gebäude, Touristinformation
- Aufwendungen für Veranstaltungen sind veranstaltungsbezogen kalkuliert
- Marketingkonzept soll in der November-Sitzung des Betriebsausschusses vorgestellt werden
- Umfangreiches Presse- und Kommunikationskonzept wurde auf den Weg gebracht
- stark diskutiertes Thema: Aufwendungen für den Ort im Bereich Marketing, hier muss mehr gemacht werden
- großer Anteil Prora kommt hinzu – läuft derzeit noch nicht optimal
- deshalb Einstellung der Summe in den Wirtschaftsplan
- Bibliothek, Binz-Museum, Kleinbahnhof: wenige Maßnahmen im Instandhaltungsbereich
- starker Investitionsstau in der Kurverwaltung vorgefunden, deshalb die notwendigen Sanierungsmaßnahmen
- Instandsetzung Seebrücke dringend erforderlich
- Technikbereich: Werkvertrag mit der Gemeindeverwaltung neu gestaltet (Leistungen, welche die Gemeinde bisher an externe Firmen vergeben hat, wurden in den Wirtschaftskreislauf geholt, z. B. Grünpflege, Baumschnitt) – hierfür Schaffung von drei Stellen
- Wasserrettung: Sanierung fünf Rettungstürme, Erhöhung der Aufwendungen für Tagegelder und Reisekosten aufgrund des Einsatzes von Rettungsschwimmern in Prora
- Neubau von drei Strandtoiletten und Rettungstürmen in Prora geplant (Landeszuschuss ca. 60 %)
- Projektbereich W-LAN am Strand ist mit ausgewiesen
- weitere Bänke im Gemeindegebiet erforderlich
- Beleuchtung der Seebrücke muss erneuert werden, erste Planungen liegen vor, werden in die Ausschüsse gegeben
- Neugestaltung Spielplätze
- Instandhaltungsstau soll aufgeholt werden
- Mit der Erschließung von Prora ergibt sich eine Kalkulationsfrage bei der Kurabgabe. Im vorliegenden Haushalt sind 2,90 € Kurabgabe ausgewiesen. Eine Erhöhung der Kurabgabe würde somit anstehen. Vorschlag: Saisonzeiten herausnehmen und ganzjährige Kurabgabe in gleicher Höhe einführen – damit möglicherweise Erhöhung umgehen. Leistungsbreite für den Ort (Sauberkeit, Winterdienst, Baumpflege, Sicherheit) verursacht gleich bleibende Kostenbelastung über das gesamte Jahr. Ausnahmetatbestände/Befreiung von der Kurabgabe sind zu prüfen, z. B. Kinder, welche ebenfalls die Infrastruktur nutzen – Einführung eines abgestuften Modells je nach Alter des Kindes. 42.000 € zahlte bisher die Gemeinde für die Einwohner von Binz, die ebenfalls die Kureinrichtungen/die Infrastruktur nutzen. Die Rechtsprechung liegt bei 10 %, so erklärt sich die Erhöhung des Gemeindeanteils, welcher dann ca. 8 % beträgt. Ziel sind 10 %.
- Netz der Bäderbahn soll erweitert werden, Taktung von 15 – 20 Minuten ist vorgesehen, Anbindung Naturerbezentrum und Jagdschloß Granitz als kostenfreies Mobilitätsangebot für Kurkarteninhaber, Optimierung der Haltestellen. Tageskurkartenehrlichkeit soll durch Erweiterung des Angebotes gesteigert werden.
- Fremdenverkehrsabgabe soll nicht angepasst werden
- Institut aus Berlin berechnet derzeit die Kurabgabe, Beschlussfassung möglichst in der Sitzung der Gemeindevertretung am 15.12.2016



- Strand ist ein Sonderthema: Schafft man es aus dem öffentlich geregelten Gebührenbereich heraus, um in den privatrechtlichen Bereich zu gelangen und den Strand anders zu strukturieren?
- Einnahme am Platanenplatz von 310.000 € entsteht durch Versetzung des Infopavillons, welcher künftig als Versorgungspunkt für den Kurplatz genutzt werden soll (wegen der 25jährigen Förderbindung nur eigene Bewirtschaftung durch die Kurverwaltung möglich)

Herr Behrens fügt ein, dass der Infopavillon mit dem WC-Gebäude an die Kurverwaltung übertragen wird, dies ist in beiden Haushalten bereits so abgebildet.

Herr Jahn begrüßt die strategische Ausrichtung des Wirtschaftsplanes, dass viele Dinge enthalten sind, die seit einiger Zeit diskutiert wurden. Ersichtlich ist, dass der Aufgabenbereich der Kurverwaltung durch die Entwicklung von Prora immer umfangreicher wird und man aus den Fehlern in Binz lernt, um es besser zu machen.

Zu den Parkgebühren erkundigt sich Herr Jahn nach dem großen Unterschied von 55.000 € zu 1.500 € (siehe S. 11).

Herr Gardeja wird das in Erfahrung bringen.

Herr Jahn: Hat sich im Hinblick auf die Zahlen im Wirtschaftsplan bei der Organisation des Sportstrandes etwas geändert?

Die Kurverwaltung hat sich für ein zweijähriges Förderprojekt beworben, dotiert mit 900.000 €, mit dem es drei Kur- und Erholungsorten in M-V ermöglicht wird, gemeinsam mit Beratungsunternehmen eine Gesundheitskompetenz aufzubauen, so Herr Gardeja. Binz hat den Zuschlag bekommen und wird von zwei Beratungsunternehmen unterstützt. Im Stellenplan sind ein „Gesundheitsverantwortlicher“ und zwei weitere Stellen vorgesehen. Diese Mitarbeiter sollen mit den Gästen wandern, Sport treiben usw., so dass wir über den Sportstrand nur einige kleine Leistungen - und dann nicht nur saisonabhängig - anbieten. Es ist somit eine Verschiebung der Kostenstellen zu verzeichnen.

Weiterhin erkundigt sich Herr Jahn, warum beim Einkauf von Briefmarken von 28.000 € ausgegangen wird, beim Verkauf aber von 35.000 €. Hier müsste eigentlich der gleiche Wert stehen?

Herr Gardeja wird das prüfen.

Zu den Mieten, Pachten, Erbbauzins fragt Herr Jahn nach der Steigerung auf 136.000 €, das ist fast eine Verdopplung.

Ursache ist, dass für die Erschließung von Prora ein zweiter Bauhof benötigt wird, da ansonsten für die Maschinen unnötige Fahrtzeiten und -kosten entstehen, so Herr Gardeja. Deshalb laufen derzeit Verhandlungen zu zwei Objekten (Mietkauf), um einen zweiten Technikstandort aufbauen zu können.

Herr Olschewski bezweifelt, dass man bei dem beginnenden Ausbau der Infrastruktur bereits die volle Kurabgabe erheben darf.

Das wird funktionieren, so Herr Gardeja. Man wird vorerst mit mobiler Rettungsinfrastruktur arbeiten, sollte der Baufortschritt nicht so schnell wie geplant voranschreiten. Die Reinigungsleistungen auf den gemeindlichen Flächen werden in jedem Fall vorgenommen. Sicherlich wird es auch Veranstaltungsformate geben. Beim Bäderverband und beim Sozialministerium wurde ein Eilantrag zur Prädikatisierung auf den Weg gebracht. Voraussetzung für den Status Erholungsort ist nicht das Vorhandensein von Infrastruktur, sondern die auf den Weg gebrachte Infrastruktur.

Herr Olschewski schlägt vor, dass ein Vertreter der Kurverwaltung an der Einwohnerversammlung in Prora am 29. November teilnimmt.

Herr Jahn: Frage nach den sonstigen laufenden Erträgen, diese sind nicht näher beschrieben (S. 14), hier ist eine Steigerung um 150.000 € erkennbar.

Hierbei handelt es sich teilweise um den IRONMAN (50.000 €), so Herr Gardeja. Außerdem sind die Kosten lt. Rückvergütungsvereinbarung mit der Bäderbahn für die neuen Strecken zum Jagdschloß und Naturerbezentrum enthalten.

Herr Franke geht in Prora von 1.800 Betten aus, die dort entstehen. Diese sind ca. 180 Tage ausgelastet, wir kalkulieren mit 2,90 € Kurtaxe. Dann stimmt die Zahl von 1,7 Mio. nicht.

Die Bettenkapazität der einzelnen Blöcke (1.810 Betten) wurde auf 6 bzw. 7 Monate umgelegt, davon 49 %, so Frau Lenz.

Herr Gardeja wird das noch einmal prüfen.



Michalski  
Ausschussvorsitzender



Lußky  
Protokollantin